



Niedersächsische Koordinierungsstelle Gesundheitliche Chancengleichheit

Online Newsletter Soziale Lage und Gesundheit

Sehr geehrte Damen und Herren,

heute erhalten Sie die **24. Ausgabe** des Newsletters „Soziale Lage und Gesundheit“ der Niedersächsischen Koordinierungsstelle Gesundheitliche Chancengleichheit. Dieser Newsletter erscheint in loser Reihenfolge mit Informationen zu Veranstaltungen, Studien, Projekten, Berichten und weiteren Publikationen.

Falls Sie auf eigene Veranstaltungen, Medien oder ähnliches aufmerksam machen möchten, können Sie uns gerne Informationen zukommen lassen.

Falls Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten möchten, melden Sie sich bitte unter sandra.exner@gesundheit-nds.de und ebenso, falls Sie nicht im Verteiler sind und gerne aufgenommen werden möchten.

Ihre Niedersächsische Koordinierungsstelle Gesundheitliche Chancengleichheit

Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e. V. (LVG & AFS)

Aus der LVG & AFS

Lernwerkstatt: theoretisch. praktisch. gut. - Kriterien für gute Praxis der soziallagenbezogenen Gesundheitsförderung

13. November 2017, Osnabrück

Was macht gute Praxis in der soziallagenbezogenen Gesundheitsförderung aus? Worauf sollten Sie achten, wenn Sie Maßnahmen oder Projekte in Kommunen, Kitas, Schulen oder anderen Lebenswelten umsetzen möchten? Im Rahmen der Lernwerkstatt werden die zwölf Kriterien guter Praxis vermittelt. Die Teilnehmenden erarbeiten gemeinsam, wie sie die Kriterien für die Qualitätsentwicklung der eigenen Arbeit nutzen können.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Verzahnung von Arbeits- und Gesundheitsförderung in der kommunalen Lebenswelt

Das Projekt „Verzahnung von Arbeits- und Gesundheitsförderung in der kommunalen Lebenswelt“ fokussiert die Gesundheitsförderung von arbeitslosen Menschen. Gemeinsam mit dem *GKV-Bündnis für Gesundheit*, den **Jobcentern** und den **Agenturen für Arbeit** soll das Projekt Maßnahmen und Vernetzungsstrukturen etablieren, die die Gesundheit der erwerbslosen Menschen stärken und eine (Re-) Integration in den Arbeitsmarkt fördern. Aktuell beteiligen sich folgende 6 Standorte an dem Projekt: Aurich, Cuxhaven, Göttingen, Hannover, Hildesheim und Lüchow-Dannenberg. Die LVG &

AFS begleitet, unterstützt und berät diese sechs Standorte, die sich aktuell in der Bedürfniserhebung befinden.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Aus dem Kooperationsverbund

Kongress Armut und Gesundheit 2018

Der kommende Kongress findet am 20. und 21. März 2018 unter dem Motto „Gemeinsam. Gerecht. Gesund.“ in Berlin statt. Im Mittelpunkt der Diskussionen soll der Health in All Policies-Ansatz stehen. Gesundheit zu fördern oder wieder herzustellen, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die weder von Einzelpersonen noch von Einzelbereichen im Alleingang erbracht werden kann. Hier finden Sie alle näheren Angaben zum Kongress und die Möglichkeit zur Anmeldung.

Am Vortag, 19. März 2018, richtet der Kooperationsverbund Gesundheitliche Chancengleichheit wie gewohnt die Satellitenveranstaltung aus, diesmal in Kooperation mit dem Deutschen Landkreistag unter dem Titel „Land in Sicht. Strategien zur Gesundheitsförderung und Prävention in ländlichen Räumen“.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Aus Niedersachsen

LAK Fachtag "Reichtum. Macht. Armut" am Weltarmutstag voller Erfolg!

„Ausverkauftes Haus“ bei Ver.di mit über 100 TN, lebendige Diskussionen von Fachleuten, Betroffenen und Interessierten bis zum Schluss und engagierte Suche nach Lösungen in den Fachforen. Dies zeigt, der Fachtag 2017 von LAK und 12 weiteren Verbänden und Organisationen war ein voller Erfolg. Er ist in dieser Form eine der seltenen Veranstaltungen, in denen Vertreter*innen aus Verbänden und Politik auf Augenhöhe mit zahlreichen Betroffenen diskutieren. Hier die gemeinsame Erklärung der Veranstalter mit den Forderungen der Teilnehmenden des Fachtages 2017:

Erklärung: <http://www.landesarmutskonferenz-niedersachsen.de/wp-content/uploads/2017/10/Fachtag-2017-Erkl%C3%A4rung.pdf>

[\[Weiterlesen...\]](#)

Coworking und Makerspace *Hafven* in Hannover wird im Video durch das IÖF und CoWerk vorgestellt

Das Forschungsprojekt CoWerk präsentiert den Coworking und Makerspace *Hafven* in Hannover. Der Hafen sieht sich als dezentrale Organisations- und Produktionsform, Arbeiten 4.0 und Start-Up-Kultur.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Forscher des Projekts CoWerk („Common-based Peer Production in offenen Werkstätten“) vertreten die Meinung, dass ein freier Zugang zu Produktionsmitteln der Allgemeinheit zugutekommt und stärker mit öffentlichen Mitteln unterstützt werden sollte. Sie sprechen Empfehlungen zur Stärkung dezentraler Produktionsstätten aus, u.a. da diese wichtige Impulse für die Innovationkraft lokaler Wirtschaftsstrukturen setzen können. Die Wissenschaftler des BMBF geförderten Instituts für ökologischen Wandel (IÖF) untersuchen, wie Praxisakteure neue technologische Möglichkeiten für dezentrale und gemeinschaftsbasierte Produktion nutzen und wie sich dies auf eine nachhaltige Entwicklung auswirkt.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Medien

Faktenblätter „Zahlen und Fakten: Globalisierung“

Kaum ein Thema wird so intensiv und kontrovers diskutiert wie die Globalisierung. Die einen verbinden mit ihr die Annäherung der Kulturen, wirtschaftliches Wachstum weltweit und ungeahnte Entfaltungsmöglichkeiten. Andere hingegen fürchten die Dominanz der Ökonomie, den Verlust regionaler Vielfalt, ökologischen Raubbau sowie eine zunehmende Kluft zwischen Arm und Reich.

„Zahlen und Fakten: Globalisierung“ der Bundeszentrale für Politische Bildung fasst das Zahlenmaterial zu den zentralen Themen der Globalisierungsdebatte übersichtlich und verständlich kommentiert zusammen. Unter anderem wurde die Kategorie „Soziale Probleme“ aktualisiert.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Immer mehr Kinder wachsen zwei- oder mehrsprachig auf

In vielen Ländern wachsen Kinder mit mehr als einer Sprache auf. Auch in Deutschland ist Zweisprachigkeit weit verbreitet. In den meisten Fällen ist Deutsch dabei die Zweitsprache. Bei einer normalen Entwicklung in der Erst- oder Muttersprache eignen sich Kinder während des Vorschulalters in der Regel auf ähnliche Weise die Zweitsprache an. In zweisprachigen Familien lernen Kinder meist beide Sprachen parallel.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Berichte und Studien

Bildung auf einen Blick 2017: OECD-Indikatoren

Die Studie „Bildung auf einen Blick: OECD-Indikatoren“ untersucht, wie es um die Bildung weltweit bestellt ist. Sie enthält Daten zum Aufbau, zur Finanzierung und zur Leistung der Bildungssysteme in den 35 OECD-Ländern und einer Reihe von Partnerländern. Zwei neue Indikatoren liefern erstmals Vergleichsdaten zu den Erfolgsquoten im Sekundarbereich II sowie zu den Zugangskriterien für den Tertiärbereich. Ein Kapitel widmet sich dem bildungspolitischen Ziel der Agenda 2030.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Schützt Bildung vor seelischen Gesundheitsproblemen?

Im DIW-Roundup „Does more Education protect against mental health Problems?“ wird dieser Frage nachgegangen.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Familienreport 2017

Der Familienreport 2017 des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend informiert über die aktuellen Entwicklungen von Familien in Deutschland und stellt die Vorhaben, Maßnahmen und Programme der Familienpolitik der Bundesregierung dar. Er enthält die neusten Zahlen und Daten zu den Familienformen und eine umfassende Darstellung von Leistungen, Wirkungen und Trends rund um Familie und Familienpolitik.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Plätze. Personal. Finanzen – der Kita-Ausbau geht weiter

Die Studie des Forschungsverbunds DJI und der TU Dortmund beschreibt Zukunftsszenarien zur Kindertages- und Grundschulbetreuung in Deutschland.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Kita-Ausgaben: Mitunter starke Anstiege in den vergangenen Jahren – einkommensschwache Familien sind noch immer relativ stark belastet

DIW-Forscherinnen untersuchen erstmals für einen längeren Zeitraum, wie sich die Kita-Ausgaben in Deutschland entwickelt haben – Starke Ausgabenanstiege vor allem für Kita-Nutzung unter der U-3. Die Verbesserung der Qualität sollte Priorität vor Beitragsbefreiung für alle haben.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Kinderrechte in der Jugend: Ausführungen des UN-Kinderrechtsausschusses (Allgemeine Bemerkung Nr. 20)

Der UN-Kinderrechtsausschuss beschreibt in seiner Allgemeinen Bemerkung Nr. 20 die Rechte von Jugendlichen. Diese Empfehlungen des UN-Ausschusses an die Vertragsstaaten bieten eine Orientierungshilfe für Fachkräfte der Entwicklungszusammenarbeit. Die vorliegende Publikation fasst die Allgemeine Bemerkung Nr. 20 zusammen und stellt dar, wie Entwicklungszusammenarbeit zur Umsetzung der Rechte von Jugendlichen beitragen kann.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Gesundheitliche Chancengleichheit im Betrieb: Schwerpunkt Gender

Das Präventionsgesetz fordert unter anderem die Verringerung geschlechtsbezogener Ungleichheit in

den Gesundheitschancen. Bei der Erreichung dieses Ziel kommt vor allem den vorherrschenden Rollenerwartungen an das jeweilige Geschlecht eine zentrale Rolle zu. Die damit verbundene Zuweisung unterschiedlicher Aufgaben und deren Auswirkungen auf die Gesundheitschancen standen deshalb bei der Untersuchung und Aufarbeitung dieses Themas besonders im Fokus. Die Grundfragen im iga.Report 35 lauten:

- Sind Ressourcen und Belastungen unterschiedlich auf Frauen und Männer verteilt?
- Werden gesundheitliche Risiken für das jeweilige Geschlecht wahrgenommen und wenn ja, wie?
- Und wie können wirksame Maßnahmen entwickelt und umgesetzt werden, um die Gesundheitschancen ausgewogen zu gestalten?

[\[Weiterlesen...\]](#)

Große Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen in Deutschland

Frauen erzielen in Deutschland nur die Hälfte des Gesamteinkommens der Männer und verdienen bei den Stundenlöhnen rund ein Fünftel weniger. Außerdem weist Deutschland die auch im internationalen Vergleich eine hohe Lücke bei den Renteneinkommen von Frauen und Männern von rund 53 Prozent aus. Ein Kulturwandel in der Gesellschaft und vor allem in der Arbeitswelt ist dringend nötig, so die Forscher*inne des Deutschen Instituts für Wirtschaft (DIW).

[\[Weiterlesen...\]](#)

Armut schwächt die sozialen Beziehungen

Eine repräsentative, auf den Daten des Sozio-ökonomischen Panels beruhende Studie belegt erstmals für Deutschland, dass sich in Armut geratene Menschen seltener mit als zuvor mit Bekannten, Nachbar*innen oder Kolleg*innen treffen. Außerdem verändert sich ihr Freundeskreis.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Kinderarmut ist in Deutschland oft ein Dauerproblem

Rund 21 Prozent aller Kinder leben über fünf Jahre dauerhaft oder wiederkehrend in einer Armutslage. Oftmals sind sie vom gesellschaftlichen Leben abgekoppelt, wie eine aktuelle Studie zeigt, welche die Bertelsmann Stiftung in Kooperation mit dem Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) erstellt hat.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Broschüren und Handreichungen

Kinder auf der Flucht

Viele Kinder und Jugendliche müssen aus ihrer Heimat fliehen – manche zusammen mit ihrer Familie, manche auch alleine. Die Gründe dafür sind unterschiedlich: So flüchten zum Beispiel Hanan und Dima vor dem Krieg in Syrien. Der *Falter* der Bundeszentrale für politische Bildung gibt einen Einblick in verschiedene Fluchtgeschichten.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Arbeiten mit Flüchtlingsfamilien

Das Portal Kindergesundheit.de bietet zahlreiche Informationen in vielen Sprachen zur Gesundheit von Flüchtlingskindern – übersichtlich nach Themen sortiert, für Ärzt*innen, Hebammen, Kita-Fachkräfte und andere. Die Linklisten werden laufend erweitert, weshalb es sich lohnt, immer mal wieder auf das Portal zu gehen.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Arbeitsmarkt: Von wegen, alles in Butter!

Ging es uns noch nie so gut wie heute? Rekordbeschäftigung, zunehmende Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze, Deutschland in guten Händen? Geht es uns einfach zu gut? Erlebt Deutschland gerade ein Jobwunder? Der DGB nennt die Fakten: Die Zahl der atypischen Beschäftigungsverhältnisse nimmt zu, immer mehr Menschen arbeiten in Leiharbeit oder in unfreiwilliger Teilzeitarbeit, befristet oder in Minijobs.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Familien digital erreichen - Entwicklungspotenziale kommunaler Familienseiten

Familien haben großen Informationsbedarf – egal wie alt die Kinder sind und vor welchen Herausforderungen sie als Familie gerade stehen. Kommunale Familienseiten können wertvolle

Unterstützung bieten, müssen sich aber weiterentwickeln, um mit den Bedarfen der Familien Schritt zu halten. Die Geschäftsstelle des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. hat Expert*innen aus der kommunalen Praxis und Verbänden befragt und die Ergebnisse in einer Handreichung zusammengeführt.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Strategien gegen Altersarmut

In diesem Themenheft werden strukturelle Gründe für Altersarmut analysiert und die aktuellen und zukünftigen Risikogruppen identifiziert. Es werden Reformoptionen für das deutsche Alterssicherungssystem diskutiert und Strategien gegen Altersarmut in europäischen Nachbarländern vorgestellt. Praxisbeispiele zeigen innovative Ansätze im Umgang mit den Folgen von Altersarmut auf kommunaler Ebene.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Aus der Politik

Antisemitismus beim Namen nennen

Die Bundesregierung hat am 20. September 2017 im Rahmen der Kabinettsitzung die von der Internationalen Allianz für Holocaust-Gedenken (IHRA) verabschiedete Arbeitsdefinition von Antisemitismus zur Kenntnis genommen. Damit unterstreicht die Bundesregierung ihr Engagement bei der Bekämpfung von Antisemitismus auf nationaler und internationaler Ebene. Die Arbeitsdefinition soll insbesondere in der Schul- und Erwachsenenbildung sowie bei der Ausbildung in den Bereichen der Justiz und Exekutive berücksichtigt werden.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Deutsches Kinderhilfswerk übergibt Petition gegen Kinderarmut an Parteien

Das Deutsche Kinderhilfswerk hat zusammen mit der Nationalen Armutskonferenz und dem Deutschen Kinderschutzbund mehr als 37.000 Unterschriften der Online-Kampagne „Keine Ausreden mehr! Armut von Kindern und Jugendlichen endlich bekämpfen! #stopkinderarmut“ an die Parteien CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke übergeben. Mit dieser gemeinsamen Kampagne machen Wohlfahrts- und Sozialverbände sowie Familien- und Kinderrechtsorganisationen auf das drängende Problem der Kinderarmut in Deutschland aufmerksam. Nach Angaben der Verbände leben rund drei Millionen Kinder und Jugendliche in Deutschland in Armut.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Teilhabe und Würde im Alter ermöglichen

Die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Elke Ferner spricht auf der 4. UNECE-Ministerkonferenz „A sustainable Society for all Ages – Realizing the Potential of living longer“ in Lissabon über die Herausforderungen des demografischen Wandels und Fragen des Alterns.. Deutschland hat den Vize-Vorsitz bei der Konferenz.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Weltkindertag: Kinderrechte im Grundgesetz verankern

Unter dem Motto „Kindern eine Stimme geben“ hat der Weltkindertag am 20. September 2017 die Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern in den Mittelpunkt gestellt: Alle Kinder sollen das Recht auf Mitbestimmung bekommen, wenn es um ihre Belange geht.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Bundeseinheitliche Regelung zur Kostenübernahme von Verhütungsmitteln für Frauen mit geringem Einkommen

Zur Finanzierung von Verhütungsmitteln für Frauen mit geringem Einkommen gibt es bislang leider keine Lösung für die Betroffenen.

Nach wie vor stehen Frauen mit geringem Einkommen und insbesondere Frauen im Sozialleistungsbezug vor der Frage, wie sie die Kosten für Verhütungsmittel finanzieren sollen. Seit 2004 werden die Kosten für empfängnisverhütende Mittel in der gesetzlichen Krankenversicherung nur noch bis zur Vollendung des 20. Lebensjahres übernommen. Danach haben die betroffenen Frauen diese selbst zu tragen. Für Frauen im Sozialleistungsbezug bedeutet dies, dass sie die Kosten für Verhütungsmittel aus dem monatlichen Regelsatz bestreiten müssen. Zur Verdeutlichung: Die im

Regelsatz enthaltene Pauschale für Gesundheitspflege beträgt aktuell 15 Euro, von denen alle Ausgaben für Gesundheit, d.h. auch die Verhütungsmittel, bezahlt werden müssen.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Beratung über Gesetz zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen abgesetzt

Der Bundesrat hat am 22. September 2017 abermals kurzfristig das Gesetz zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen von seiner Tagesordnung abgesetzt. Es kam daher nicht zu einer Abstimmung über das zustimmungsbedürftige Gesetz, das der Bundestag am 29. Juni 2017 verabschiedet hatte. Schon in der Sitzung am 7. Juli 2017 hatten die Länder die Abstimmung verschoben.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Internationaler Tag der Jugend: Rechte von Jugendlichen weltweit stärken!

Jugendliche haben nur dann bessere Zukunftschancen, wenn ihre Rechte geschützt werden. Der UN-Kinderrechtsausschuss hat daher in seiner Allgemeinen Bemerkung Nr. 20 die Vertragsstaaten aufgerufen, optimale Voraussetzungen zu schaffen, damit die Rechte und die Unterstützung von Jugendlichen garantiert werden. Dazu gehört unter anderem der Zugang zu weiterführender (Aus-)Bildung, eine angemessene Gesundheitsversorgung, der Schutz vor Gewalt und Diskriminierung sowie die Möglichkeit zu Beteiligung in Politik und Gesellschaft.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Trotz Ausbau: Personalschlüssel in Krippen variieren stark zwischen den Kreisen in Niedersachsen

Die Qualität der niedersächsischen Kitas hat sich nur geringfügig verbessert. Das zeigt sich vor allem an der Entwicklung des Personalschlüssels. Kamen zum 1. März 2012 noch 4,2 ganztags betreute Kinder auf eine vollzeitbeschäftigte Fachkraft in Krippengruppen, waren es im März 2016 rein rechnerisch 3,9 Kinder. In Kindergartengruppen verbesserte sich der Personalschlüssel stärker als im Krippenbereich, und zwar von 8,8 auf 8,3 Kinder pro Fachkraft.

Dennoch liegt Niedersachsen bei den Personalschlüsseln für die jüngeren Kinder nach Hamburg (1 zu 5,1) unter allen westdeutschen Bundesländern auf den letzten Plätzen. Kindergartenkindern hingegen bietet Niedersachsen die bundesweit drittgünstigste Betreuungsrelation. Das zeigt das Ländermonitoring Frühkindliche Bildungssysteme der Bertelsmann Stiftung.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Meilensteine in der Umsetzung des Zweiten Weltaltensplans der Vereinten Nationen in Deutschland

Vor 15 Jahren wurde der Zweite Weltaltensplan der Vereinten Nationen (Madrid International Plan of Action on Ageing - MIPAA) in Madrid verabschiedet. Im gleichen Jahr der Verabschiedung von MIPAA einigten sich die Mitgliedsstaaten der Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen (UNECE) auf zehn Selbstverpflichtungen zur Umsetzung des Zweiten Weltaltensplans. Das Ziel: Weltweit die Lebenssituation älterer Menschen zu verbessern und ihre Menschenrechte zu gewährleisten. Was wurde seitdem in Deutschland umgesetzt? Die BAGSO und das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sind seit Beginn aktive Partner in der Umsetzung der MIPAA-Ziele. Gemeinsam konnten sie in den vergangenen Jahren viele Maßnahmen und Projekte auf den Weg bringen und international Impulse geben.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Preise, Wettbewerbe, Fördermittel, Ausschreibungen

Neue Forschungsprojekte für Kommunen und Regionen im demografischen Wandel

Für mehr Lebensqualität kooperieren Kommunen mit Wissenschaftler*innen. Vertreter*innen von Verwaltung, Wirtschaft und Bewohner gestalten gemeinsam mit Forschenden ihre Städte und Gemeinden für die Zukunft. Mit dem Bevölkerungswandel verändert sich der Bedarf an Wohnraum, an Infrastruktur, am öffentlichen Leben. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) unterstützt mit der Fördermaßnahme „Kommunen innovativ“ Forschungsverbände aus Kommunen und Wissenschaft, die für diesen veränderten Bedarf nach Lösungen suchen. Für Ortsentwicklung, Infrastruktur oder öffentliche Dienstleistungen haben sie vor allem den nachhaltigen Umgang mit Land- und Flächenressourcen im Blick.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Mitten im Leben

Ein Zuhause in einer kleinen Wohngemeinschaft, zentral gelegen, mit guter Anbindung und leichtem Zugang in die Nachbarschaft: Das sind die Angebote, die die Aktion Mensch in ihrem Förderbereich Wohnen bezuschussen möchte. Neben der Förderung von Kauf, Bau oder Umbau der Immobilien finanziert sie auch Fachkräfte, die den Bewohnern beim Vernetzen und Heimisch werden in ihrem neuen Viertel tatkräftig zur Seite stehen.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Termine

Kooperation für gesunde Kommunen – wie tragfähige Zusammenarbeit entstehen kann

23. November 2017, Hamburg

[\[Weiterlesen...\]](#)

Was ist Gemeinwesenarbeit? Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement in Niedersachsen

24. November 2017, Hannover

[\[Weiterlesen...\]](#)

IMPRESSUM

Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e. V.

Geschäftsführer: Thomas Altgeld

Fenskeweg 2

30165 Hannover

Tel.: 0511 / 388 11 89 - 0

Fax: 0511 / 350 55 95

E-Mail: info@gesundheit-nds.net

Internet: www.gesundheit-nds.de

Sollten Sie den Newsletter nicht mehr beziehen wollen, senden Sie einfach eine E-Mail über die "Antworten"-Funktion Ihres E-Mailprogrammes zurück mit dem Betreff: Bitte aus dem Verteiler löschen.

Die Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e. V. verpflichtet sich, sorgfältig mit Ihren Daten umzugehen und diese nicht an Dritte weiterzugeben.



GKV-Bündnis für
GESUNDHEIT

Gefördert durch die BZgA im Auftrag und mit Mitteln der gesetzlichen Krankenkassen nach § 20a SGB V

